

Antrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Europäisches Brandenburg - 60 Jahre Römische Verträge

Der Landtag möge beschließen:

Im Mai 1950 formulierte der französische Außenminister Robert Schuman das ehrgeizige Ziel einer Einigung Europas durch freiwillige ökonomische Verflechtungen. Die europäischen Staaten sollten so miteinander verbunden werden, dass künftig Kriege zwischen ihnen nicht mehr möglich wären. Am 18. April 1951 wurde der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet. Am 25. März 1957 wurde durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Die Römischen Verträge legten den Grundstein für die heutige Europäische Union.

Die Römischen Verträge und die heutige Europäische Union haben auch Einfluss auf die Entwicklung Brandenburgs und dessen Nachbarschaft. Das Land Brandenburg liegt in der Mitte Europas. Die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union betreffen alle Brandenburger Bürgerinnen und Bürger. Die europäische Integration schuf Frieden und Vertrauen zwischen den Bevölkerungen Europas und ermöglichte so die deutsche Wiedervereinigung. Die Zukunft Brandenburgs in Europa muss friedlich, demokratisch und sozial sein.

Der Landtag stellt fest:

- Durch die Lage in der Mitte Europas versteht sich das Land Brandenburg als Bindeglied zwischen Ost und West. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Polen sowie den Ländern des mittleren und östlichen Europas, aber auch mit westeuropäischen Staaten und den Ländern des Ostseeraums sind für die Europapolitik Brandenburgs wichtig. Die kooperative grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Republik Polen ist eine Erfolgsgeschichte und hat beispielgebende Projekte hervorgebracht. Die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Regionen, der kommunalen Ebene und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf beiden Seiten der Oder ist - auch dank der Unterstützung durch die INTER-REG-Kooperationsprogramme - alltäglich geworden und erleichtert das Leben der Menschen vor Ort.
- 60 Jahre nach dem Beginn dieser Integration vieler europäischer Staaten treten jedoch zunehmend Tendenzen einer Desintegration auf und es kommt zu politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in den EU-Staaten gefährden den Zusammenhalt und den Fortbestand der Union. Die Europäische Union befindet sich auch vor dem Hintergrund des Aus-

tritts Großbritanniens in einer Krise und steht vor einer Richtungsentscheidung. Die Selbstverständlichkeit des friedlichen Zusammenlebens, der Bewegungsfreiheit innerhalb Europas und der Bereicherung durch den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen sowie von Waren und Dienstleistungen aus den Mitgliedsstaaten stehen auf dem Spiel.

- Die EU-Kohäsionspolitik, von welcher Brandenburg im vergangenen Vierteljahrhundert erheblich profitiert hat, muss durch ihre starke regionale Verankerung und ihren Nutzen für die Menschen vor Ort stärker als bisher dazu beitragen, die Krise der europäischen Integration zu überwinden und anti-europäischen Tendenzen entgegenzuwirken. Dabei kommt den INTERREG-Kooperationsprogrammen angesichts der zunehmenden politischen Spannungen - über die Förderung von Wachstum und Beschäftigung hinaus - besondere Bedeutung für die Unterstützung von guter Nachbarschaft, Vertrauensbildung und Völkerverständigung zu.

Die Frage nach der Zukunft Europas bewegt auch die europäischen Institutionen, wie zuletzt die Veröffentlichung des „Weißbuches zur Zukunft Europas“ durch die Europäische Kommission zeigt. Obwohl das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in den letzten Jahrzehnten in den meisten europäischen Ländern zurückgegangen ist, stehen die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich zum europäischen Projekt. Besonders der BREXIT hat vor Augen geführt, wie wichtig das Projekt Europa ist und welche Bedeutung sie für den Einzelnen und für die Wirtschaft in den Mitgliedstaaten heute und in der Zukunft hat. Die Europäische Union ist ein zentraler Baustein auch für den Wohlstand im Land Brandenburg.

In den nächsten Jahren muss der Grundkonsens in Europa wiederhergestellt werden. Hierfür ist eine Reform, insbesondere hin zu einer Union mit einer sozialen Säule, nötig. Der Landtag Brandenburg befürwortet die Weiterentwicklung eines demokratischen, solidarischen und sozialen Europas, das gemeinsam durch die Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedsstaaten gestaltet wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. sich dafür einzusetzen, dass das Friedensprojekt Europäische Union weiterverfolgt und demokratisch und sozial untersetzt wird,
2. den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über die Europäische Union und deren zukünftige Gestaltung zu führen,
3. sich für eine Weiterführung der Kohäsionspolitik für alle Regionen einzusetzen,
4. sich im Dialog mit den europäischen Nachbarn über die europäische Zusammenarbeit intensiv auszutauschen und sie zu gestalten,
5. weiterhin die intensive Kooperation mit der Republik Polen und insbesondere ihren Wojewodschaften zu pflegen und auszubauen.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE